

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher  
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.155.472

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)14331/J-NR/2023

Wien, am 24. April 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Christian Ragger und weitere haben am 24.02.2023 unter der **Nr. 14331/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Angeblich erhöhte Förderung zur 24-Stunden-Betreuung ist Taschenspielertrick des Sozialministers** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

### Zu den Fragen 1 bis 3

- *Wie reagieren Sie als Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft auf folgende Aussage der Präsidentin der Österreichischen Bundesinteressensgemeinschaft für Agenturen zur Organisation von Personenbetreuung, Karin Hamminger: "Die Aussagen von Sozialminister Rauch von gestern zur Erhöhung der Förderung für die 24-Stunden-Betreuung machen mich sprachlos und betroffen. Denn diese Erhöhung um 90 Euro ist die erste Erhöhung seit der Einführung der Förderung vor 15 Jahren. Somit ist die vom Minister groß verkaufte Erhöhung um 16,67 Prozent ein Taschenspielertrick. Tatsächlich sind die nunmehrigen 640 Euro real weniger wert als die 550 Euro vor 15 Jahren. Wenn das, wie es in der OTS des Sozialministeriums heißt, "erfolgreich" ist, möchte ich nicht wissen, wo für Minister Rauch Misserfolge beginnen"?*

- *Warum kam es aus Sicht des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft zu keiner tatsächlichen Erhöhung mit einem realen Inflationsausgleich für die letzten 15 Jahre bei der 24-Stunden-Betreuung?*
- *Stimmt es, dass das damit auf Ebene der Koalition mitbefasste Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) bzw. Sie als amtierender Ressortchef Univ. Prof. Dr. Martin Kocher einen realen Inflationsausgleich für die letzten 15 Jahre bei der 24-Stunden-Betreuung verhindert haben?*
  - *Wenn ja, mit welcher Begründung und warum haben Sie als zuständiger Arbeits- und Wirtschaftsminister einen tatsächlich realen Inflationsausgleich verhindert?*

Da keine Zuständigkeit des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft vorliegt und der Inhalt der Anfrage keinen dem Interpellationsrecht unterliegenden Gegenstand der Vollziehung des BMAWs betrifft, ist von einer Beantwortung abzusehen.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt